

Erfolge in 2008

Erfolge in der politischen Arbeit sind schwer messbar. Für uns ist es selbstverständlich auch ein Erfolg, wenn wir mit unseren Positionen öffentlich in Erscheinung treten und damit zur gesellschaftspolitischen Meinungs- und Willensbildung beitragen.

Nicht messbar sind Erfolge allein durch die Existenz der Linksfraktion. Die Koalition von SPD und Grünen stehen nach unserer Einschätzung durch unsere Ratsarbeit erheblich unter Druck, sich sozial zu profilieren.

Im Folgenden werden einige Erfolge, die mehr oder weniger direkt zu erkennen waren, genannt. Vor allem in den Haushaltsberatungen haben SPD und Grüne häufig ähnliche oder sogar identische Anträge wie DIE LINKE gestellt. Das kann Zufall sein, kann aber auch mit Abschreiben zu tun haben, denn DIE LINKE veröffentlicht ihre Anträge fast immer vor der Koalition. Abschreiben ist damit nur in die eine Richtung möglich.

Heizkostenmoratorium

Seit 2006 hat sich die Linksfraktion dafür eingesetzt, dass in Bochum von der ARGE die tatsächlichen Heizkosten bezahlt werden. Damit hatten wir eine Forderung von Unabhängiger Sozialberatung und Mieterverein aufgegriffen. Zahlreiche Gerichtsurteile unterstützen diese Forderung, gleichwohl stimmten SPD und Grüne mehrfach gegen entsprechende Anträge der LINKEN. Im Januar 2008 unternahm die Linksfraktion einen erneuten Anlauf im Haupt- und Finanzausschuss. Mittlerweile war der öffentliche Druck so groß und die Rechtssprechung erdrückend, dass sich die Koalition gezwungen sah, aktiv zu werden. Selbstverständlich stimmte sie nicht unserem Antrag zu, sondern stellte einen eigenen, der fast identisch mit unserem Antrag aus 2006 war. Damit stand zwar auf dem Beschluss nicht mehr DIE LINKE drauf, aber sie ist drin. Nun ist die ARGE verpflichtet, die tatsächlichen Heizkosten zu übernehmen. Ob sie dies auch tut, darauf werden wir ein Auge haben.

Gewerbesteuer erhöht

Jedes Jahr hat DIE LINKE im Rat beantragt, den Gewerbesteuerhebesatz moderat von 450 auf 460 Punkte zu erhöhen. Angesichts der desolaten Haushaltslage kam dieser Vorschlag 2008 auch von der Verwaltung. Auf einmal waren die angeblich drohenden Firmenabwanderungen kein Problem mehr, die Erhöhung wurde beschlossen. Das verbessert die Einnahmeseite im städtischen Haushalt und damit auch den Handlungsspielraum.

Ferienmaßnahme Sozial Betreutes Wohnen

Auf Antrag der Linksfraktion beschloss der Jugendhilfeausschuss 5.000 € für Ferienmaßnahmen für Jugendliche, die in betreuten Wohneinrichtungen leben, zur Verfügung gestellt werden. In 2007 waren wir damit noch gescheitert, in 2008 erfolgreich und im Haushalt 2009 wurde die Summe ohne eigenständigen Antrag eingestellt.

Ergänzungsbauten Heinrich-Böll- und Willy-Brandt-Gesamtschule

Ein Anliegen, das in den Haushaltsberatungen 2008 SPD, Grüne und DIE LINKE einte war die zügige Realisierung der Ergänzungsbauten für die Heinrich-Böll- und die Willy-Brandt-Gesamtschulen. Die Verwaltung wollte die Maßnahmen zeitlich nach hinten verschieben. Das wurde auf Antrag der Koalition und der Linksfraktion verhindert.

Keine städtische Beteiligung an Erweiterung von Situation Kunst

Die „Situation Kunst“ im Schloss-Park Weitmar möchte expandieren. Dazu soll in einem ersten Schritt die Ruine mit einem Glaskubus zu einem Multifunktionsgebäude umfunktio- niert werden. Die Stadt sollte das Projekt mit 600.000 € unterstützen. DIE LINKE kritisierte, dass der Beschluss nicht durch die parlamentarischen Gremien gedeckt sei, es keine städ- tische Zuständigkeit dafür jedoch dringende Projekte gebe. DIE LINKE stellte wie auch die Koalition den Antrag auf Streichung der Mittel, was dann so beschlossen wurde.

(In 2009 verlief die Auseinandersetzung anders. Es wurde viel Werbung, manche würden es auch Lobbyarbeit nennen, betrieben, was zur Konsequenz hatte, dass die Koalition den 600.000 € und weiteren Ausgaben zustimmte.)

Bochumer Vergünstigungsausweis

Im Sozialausschuss beantragte DIE LINKE, dass der so genannte „Bochum-Pass“ mit ei- nem Infolyer beworben wird. Mit dem Vergünstigungsausweis bekommen finanziell schlecht gestellte Bürgerinnen und Bürger Ermäßigungen zum Beispiel bei der Stadtbüche- rei oder in den städtischen Bädern. DIE LINKE bemängelte, dass der Bochum-Pass und seine Leistungen viel zu unbekannt seien. In der Sitzung sagte die Verwaltung zu, dass bald ein entsprechendes Infoblatt erscheinen würde. Diese Zusage wurde eingehalten.

Mehr Geld für FrauenGesundheitsZentrum und Frauenberatungsstelle Mira

Im vergangenen Herbst wurde bereits der Haushalt 2009 in den Fachausschüssen beraten. DIE LINKE hatte im Sozialausschuss u.a. beantragt, dass die Frauenberatungsstelle Mira 5.000 € und das FrauenGesundheitsZentrum 2.000 € mehr bekommen. Damit waren wir erfolgreich.

Wir wollen angesichts dieser Erfolge nicht verschweigen, dass wir an den großen Schrau- ben wie Konzerthaus oder Ausbau Westtangente erfolglos gedreht haben. Umso wichtiger, dass der Einfluss der LINKEN durch ein gutes Ergebnis bei der Kommunalwahl im Juni steigt.

Bochum, den 23.1.2009